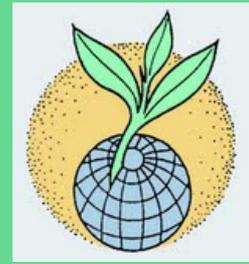


SMALL IS BEAUTIFUL



IN DIESER AUSGABE

Transatlantische Freihandelszone - EU und USA stoppen! Ulrich Mössner	1
Nachruf Ulrich Diekmeyer	4
Ein neuer Gesellschaftsvertrag - Wie wir leben wollen - Michael Hirsch	5
Nachruf Robert Dax	8
Zwischen Vergangenheit und Zukunft Renée Schulz	8
Impressum	9
Schumacher-Forum Januar und Februar 2014	10

Zitat von E.F. Schumacher:

*„Die beste Hilfe
zu geben, ist die
geistige Hilfe.*

*Ein Geschenk von
nützlichem Wissen ist
unendlich viel besser,
als ein Geschenk der
materiellen Dinge“*

Transatlantische Freihandelszone EU und USA stoppen!

Ein Überblick von Ulrich Mössner

Hoch schlagen die Wellen der Begeisterung bei Regierungsrepräsentanten, Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsjournalisten: Die EU-Kommission preist ein Freihandelsabkommen mit den USA in den höchsten Tönen und mit verlockenden Zahlen an. Kommissionspräsident José Manuel Barroso erwartet sich dadurch "langanhaltende Wachstumsimpulse, Hunderttausende neuer Arbeitsplätze und niedrigere Verbraucherpreise. Die deutsche Industrie- und Handelskammer hofft auf „ein kostenloses Konjunkturprogramm und erhebliche Zugewinne für die deutsche Exportwirtschaft“. Ins gleiche Horn blasen deutsche Konzerne wie VW, BMW oder BASF sowie französische Käseproduzenten. Es ist das eingeübte Mantra unserer wirtschaftsorientierten Denke: „größer, höher, weiter“.

In der Tat würde durch ein solches Freihandelsabkommen die mit Abstand größte Freihandelszone der Welt entstehen. Die EU und USA erwirtschaften gemeinsam knapp die Hälfte des globalen BIP (47%). Dabei soll die Freihandelszone weit mehr als eine „Zollunion“ werden. Die gegenseitigen Zölle liegen nämlich bereits auf einem relativ niedrigen Niveau zwischen 3 und 7%. Es geht eher um die Öffnung der Dienstleistungsmärkte und das öffentliche Beschaffungswesen und um sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“. Dahinter verbergen sich unter-

schiedliche Standards in der Zulassung von Produkten, Verbraucherschutz-Bestimmungen bei Nahrungsmitteln und Arzneimitteln, im Patentrecht und beim Schutz gegen überzogene Privatisierungen (Wasser!).

Und damit kommen wir direkt zu den möglichen **Gefahren dieses Freihandelsabkommens:**

Unsere höheren Verbraucherschutzbestimmungen im Agrarbereich und bei Nahrungsmitteln gelten amerikanischen Konzernen wie Monsanto und Kraft als nichttarifäres Handelshemmnis und sollen auf amerikanisches Niveau eingeebnet werden. Gen-Kartoffeln und -Getreide, gentechnisch gepuschte Soja- und Milchprodukte, Hormonfleisch von geklonten Rindern oder im Chlorbad desinfizierte Hähnchen könnten dann wie in USA bei uns auf den Markt kommen. Unsere (ohnehin mehr als schwachen) Kennzeichnungspflichten könnten ebenso auf das niedrigere US-Niveau herunter reguliert werden, so dass sich Verbraucher gar nicht mehr davor schützen könnten. Bäuerliche und biologische Landwirtschaft hätte noch weniger Chancen gegen die Ernährungsindustrie. Ähnlich könnten höhere europäische Standards im Umweltschutz bei chemischen Emissionen, beim Grundwasserschutz gegen Fracking-Verfahren bei der Öl- und Gasgewinnung oder CO₂-Grenzwerte bei Kraftfahrzeugen buchstäblich unter die Räder kommen.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Schon wieder steht ein Wirtschaftsabkommen vor der Tür, das die Verhandlungsführer in Begeisterung versetzt, aber für uns Normalbürger eine ziemliche Katastrophe wäre. In vielen konventionellen Zeitungen werden dem Abkommen große Vorteile zugeschrieben. Wikipedia zitiert zum Beispiel Charles Ries:

„Allerdings gibt es kaum Zweifel daran, dass es positive Auswirkungen hätte und kleinere Unternehmen stark profitieren würden, da man diese von einer schmerzenden Kostentlast befreien würde.“

Charles Ries ist „NAFTA-Architekt“, US-Botschafter in Griechenland und Vizepräsident der amerikanischen Denkfabrik RAND Corporation.

Vermutlich gilt dieser Satz auch für europäische Firmen und nicht nur für amerikanische. Für uns europäische BürgerInnen gilt er garantiert nicht! Stattdessen kriegen wir dann „Chlorhähnchen“ und „Genfood“ serviert.

Dr. Ulrich Mössner ist Wirtschaftswissenschaftler und hat alle diese Gefahren sorgfältig analysiert. Dabei ist ein sehr lesenswerter Artikel herausgekommen.

Dr. Michael Hirsch dagegen entwirft ein ganz neues Gesellschaftsmodell. Er findet, dass wir so nicht mehr weiterwursteln können und sollen.

Renee Schulz hat in ihrem Jahresrückblick wenigstens ein positives Ereignis gefunden: Die Entscheidung der Bürger gegen Olympia 2022. Immerhin zeigt das, dass die Bürger in Naturschutzfragen schon weiter sind als die von ihnen gewählten Politiker.

Ich wünsche ihnen eine angenehme Lektüre auch wenn es nicht immer um angenehme Dinge geht und ein gutes Neues Jahr 2014

Dr. Rüb

Doris Rüb

Ohne Zweifel wird auch wieder mehr Druck in Richtung Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und Verkehr kommen, denn der sog. Dienstleistungsbereich ist viel größer als der Industriebereich und böte noch mehr Spielraum für größeren Freihandel als jener. Nachdem vor kurzem ein Vorstoß der EU-Kommission zur Wasser-Privatisierung in letzter Minute durch eine europäische Bürgerinitiative verhindert werden konnte, könnte die Gefahr sich auf transatlantischen Sohlen wieder einschleichen. Ähnliche Gefahren drohen dem Schutz geistigen Eigentums, die gerade mit dem Scheitern des ACTA-Abkommens gebannt schieben.

Mindestens ebenso große – wenn nicht noch größere – Gefahren verbergen sich im juristisch Kleingedruckten: Man will in dem Abkommen den „größtmöglichen Investorenschutz“ erreichen. Wie soll das erreicht werden? Unternehmen soll ein Klagerecht gegen Staaten eingeräumt werden, wenn durch gesetzliche Regelungen nach Abschluss des Freihandelsabkommens die **Gewinn-Aussichten** des Unternehmens geschmälert werden. Diese Klagen laufen außerhalb des bestehenden Rechtssystems auf der Basis von (geheimen) Schiedsverfahren, mit „Schiedsrichtern“, die noch nicht einmal (wie sonst üblich) die Befähigung zum Richteramt haben müssen, deren Entscheidung sich aber Staaten bzw. die gesamte EU dann zu unterwerfen haben. Beispielsweise klagt der Tabak-Konzern Philip Morris derzeit gegen Australien (auf der Basis eines Handelsabkommens zwischen der Schweiz und Australien) gegen die auch bei uns üblichen Gesundheitswarnungen auf Zigarettenschachteln, weil damit ihre Gewinn-Erwartungen um Milliarden Dollar zurückgehen würden. Oder der schwedische Energie-Konzern Vattenfall klagte erfolgreich gegen das Land Hamburg, das die Emissions-Grenzwerte für Kohlekraftwerke gesetzlich senken wollte, weil damit seine Gewinn-Erwartungen geschmälert würden. Die Schadenersatz-Forderung war so hoch, dass Hamburg das Gesetz zurück ziehen musste! Ein weiteres Beispiel: Die US-Firma Lone Pine verklagte den kanadischen Staat aufgrund des Freihandelsabkommens zwischen USA, Kanada und

Mexiko (Nafta) auf eine Schadenersatzforderung von 250 Millionen Dollar wegen des zu erwartenden Gewinnausfalls durch ein beschlossenes Moratorium für Fracking von Schiefer-Gas und -Öl. Man sieht an diesen Beispielen, dass durch solche privatwirtschaftlichen Klagerechte gegen Staaten nicht nur unser Rechtssystem – sondern noch viel schlimmer – unser demokratischer Entscheidungsspielraum ausgehöhlt werden kann. Manche von uns werden sich erinnern, dass ein solcher Investorenschutz im Rahmen der WTO unter dem Namen „MAI“ vor 14 Jahren – auch durch den Widerstand der sog. „MAI-Frauen“ gescheitert ist. Jetzt soll er also unter dem Mantel des Freihandelsabkommens Wiederauferstehung feiern. Wie konkret diese Gefahr ist, zeigen nicht nur die drei Beispiele. Die Zahl solcher absurden Klagen auf der Basis bilateraler Handelsabkommen ist weltweit im letzten Jahrzehnt regelrecht explodiert. Die europäischen Politiker rennen also sehenden Auges ins Verderben.

Eine zweite harmlos klingende Klausel im Verhandlungsmandat der EU zeigt wo die ganze Richtung hingehen soll: Die sog. „Stand-still-Klausel“ hat nämlich zum Ziel, dass der Grad der Liberalisierung der Wirtschaft nur nach vorn und nie mehr zurück gehen dürfe. Sollte es der Politik in Europa 5 Jahre nach der Finanzkrise gelingen, den Bankensektor doch wieder besser zu regulieren oder Hedgefonds, die immer mächtiger und gefährlicher werden, erstmalig zu regulieren (was dringend nötig wäre), würde die EU durch eine Fülle milliardenschwerer Klagen von Bankenseite überzogen.

Man fragt sich doch zu Recht: **Wollen wir das alles?** - Und warum will es unsere Politik? Die noch amtierende und die zukünftige Bundesregierung will es, alle deutschen Parteien bis auf die Linken, die große Mehrheit im EU-Parlament und die EU-Kommission wollen es sowieso. Anfang Juli wurde die erste Verhandlungsrunde eingeläutet. Natürlich (?) auf der Basis geheimer Verhandlungen. Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission ist geheim; zum Glück wurde es „geleakt“, sonst wüsste man von alledem nichts. Ist ihr ein bisschen Wachstum wirklich

so viele Gefahren wert?

Selbst wenn man wie unsere Politik wachstumsgläubig ist – ein halbes Prozent Wachstum, das sich erst bis zum Jahr 2027 „voll entfalten“ soll, kann doch ein solches Risiko für die Bürger – und wie gesehen für die weitere demokratische Gestaltungsmöglichkeit - nicht wert sein. Und ca. 160.000 zusätzliche Arbeitsplätze, mit denen man die Gewerkschaften ködert (alle bis auf Verdi sind dafür), sind es auch nicht; die könnte man durch Umwelt- und Bürgerfreundliche Politik viel sinnvoller erreichen. Alleine die erneuerbaren Energien sowie Umwelt- und Einspartechnologien haben in den letzten Jahren fast 500.000 neue Arbeitsplätze allein in Deutschland entstehen lassen (nach Angaben des Bundesumweltministeriums). Am Beispiel Nafta, dem Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko, lässt sich auch ablesen, was von solchen vagen Prognosen über steigende Arbeitsplätze zu halten ist: nämlich gar nichts. Eigentlich sollten u.a. mexikanische Kleinbauern von dem Abkommen profitieren. Eingetreten ist das genaue Gegenteil. Die Landflucht in Mexiko hat zugenommen und die Armut auch. Dies sollte unseren Gewerkschaften eine Warnung sein. Durch ein Freihandelsabkommen könnten sogar die (noch) besseren europäischen Arbeitsbedingungen unter Beschuss kommen. Beschäftigte in den USA haben weniger Rechte und verdienen weniger. Auch das deutsche Mitbestimmungsmodell ist drüben nicht gefragt, wie VW gerade bei seinem US-Werk in Chattanooga erfahren konnte; dort wollte VW eine Mitbestimmung nach deutschem Muster einführen, blitzte aber bei den amerikanischen Behörden ab. Könnten von Gewerkschaften erkämpfte künftige Verbesserungen gar Gegenstand von Klagen amerikanischer Konzerne – und damit abgeblockt werden? Aber wenn es die oben genannten Vorteile nicht sind, ist es dann vorwiegend Politik im Sinne der mächtigen Exportlobby auf beiden Seiten des Atlantiks? Und nimmt man dafür wirklich die gewaltigen Risiken auf sich?

Es stellt sich für uns alle die Frage: **Was kann man dagegen tun?**

Die Verhandlungen laufen bereits und sollen binnen Jahresfrist zum

Abschluss gebracht werden – und sie laufen völlig im Geheimen. Die grundsätzliche Zustimmung der künftigen Bundesregierung wird vermutlich gerade in den Koalitionsvereinbarungen festgezurrt. CDU und SPD sind grundsätzlich dafür. Ob die derzeitige Aufregung um den Abhörskandal die Verhandlungen über die Freihandelszone wirklich dauerhaft blockieren wird, ist mehr als fraglich. Wir brauchen eine breite Front engagierter kritischer Bürger und NGOs, möglichst europaweit – wie beim Wasser.

Die Schumacher Gesellschaft wird sich mit Attac, dem BUND, der NABU, Verdi, dem Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft und weiteren bislang 18 kleineren Organisationen zusammentun und mit Flyern, öffentlichen Veranstaltungen und Unterschriftenaktionen für Aufklärung und Gegenengagement sorgen. Ziel müsste – wie bei Wasser – zumindest eine europäische Bürgerinitiative gegen das Freihandelsabkommen sein. Doch dies ist gegen die geballte Macht der Politik und der Wirtschaftslobby – und ohne den europäischen Gewerkschaftsverband, der uns beim Wasser tatkräftig zur Seite stand – sehr schwierig. Auch die Presse scheint gleichgeschaltet. Es ist ja doch bezeichnend, dass bis auf den Glücksfall des Artikels von Fritz Glunk in der SZ unter Außenansicht und einem leicht kritischen Artikel sogar im Wirtschaftsteil der SZ vom 25. Oktober, praktisch in keiner größeren Tageszeitung kritische Anmerkungen - dafür aber sehr viele Lobhudeleien - zum transatlantischen Freihandelsabkommen zu lesen waren.

Fazit: Die Gefahren, die von einem transatlantischen Freihandelsabkommen ausgehen sind immens – von der Dimension her viel umfassender als sie beim Thema Wasserprivatisierung waren: Bedroht ist der gesamte Bereich Landwirtschaft und Ernährung, der Verbraucherschutz und die Kennzeichnungspflicht sowie ein (dringend erforderlicher) weitergehender Umwelt- und Klimaschutz; es droht eine weitergehende Privatisierungswelle nicht nur (wieder) beim Wasser, sondern bei der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Bildung; und last but not least: bedroht ist die künftige demokratische Gestaltungsmöglichkeit durch Millionen-Klagen ausländischer Kon-

zerne – und das alles für ein lumpiges halbes Prozent Wachstum und ein sehr vages Plus an Arbeitsplätzen von einem knappen halben Prozent bis zum Jahr 2027 – die wir mit einer Menschen- und Umweltgerechteren Politik viel eher und sicherer erreichen könnten. Man kann hier wirklich nur wie Stephane Hessel aufrufen: **Empört Euch!**

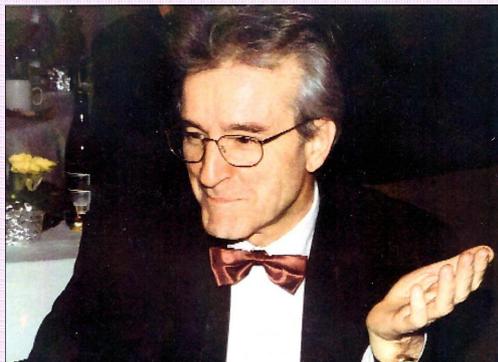
Die Krise der Moderne

Immer mehr Menschen fangen an zu begreifen, dass das „moderne Experiment“ gescheitert ist. Es bekam seine ersten Anstöße durch das, was ich die kartesianische Revolution genannt habe, die mit unerbittlicher Folgerichtigkeit den Menschen von jenen höheren Stufen löste, die allein seine Menschlichkeit erhalten können.

Der Mensch hat sich selbst die Tore des Himmels verschlossen und mit ungeheurer Energie und Findigkeit versucht, sich auf die Erde zu beschränken.

Nunmehr entdeckt er, dass die Erde lediglich ein vorübergehender Aufenthaltsort ist und die Weigerung, nach dem Himmel zu trachten, einen unfreiwilligen Abstieg zur Hölle bedeutet.

Zitat: E.F.Schumacher, 1977 "Rat für die Ratlosen" (S. 164)



Ich war gerne bei euch.

In Traurigkeit und mit Wehmut müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Ulrich Diekmeyer, unser langjähriger Vorsitzender der EFSG (2001 bis 2010), am 14. Oktober 2013 seinem schweren Krebsleiden erlegen ist.

Wir haben mit ihm einen sehr fähigen, ebenso gebildeten wie engagierten, großzügigen und weltoffenen Menschen in unserer Mitte verloren, dessen Lebensfreude ihn ebenso bis zum Schluss getragen hat wie seine innere stoische Gelassenheit der aggressiven Krankheit und dem Tod gegenüber.

Neun Jahre lang hat er die Schumacher-Foren inhaltlich wie praktisch organisiert, viele Jahre hat er junge Menschen und vor allem Studenten zu einem Auslandsaufenthalt in Entwicklungsländern verholfen, und als Vorsitzender hat er die Schumacher-Gesellschaft, ihre Mitglieder und ihre unmittelbaren Mitstreiter im Vorstand wunderbar inspiriert, integriert und geführt. Mit scharfem Verstand begleitete und korrigierte Ulrich unsere E.F. Schumacher-Infobriefe. Wir schulden ihm ein ganz großes Dankeschön!

Wir trauern um die Tatsache, dass er nicht mehr physisch unter uns ist, gemeinsam mit seiner Frau Inge Glatzel, mit seinen Familienangehörigen, und seinen vielen Freunden, die er bei seinen zahlreichen Aktivitäten gewonnen hat und mit Musik inspirierte und begleitete. Als ein passionierter Musiker begleitete er mit seiner Geige Quartette und Orchester.

Mit weitem Blick und großem Herzen setzte er seine Theorie von einem guten Leben miteinander in die Tat um. Heilen durch Teilen. Gemeinsam mit seiner Frau Inge Glatzel, und zahlreichen Paten, organisierte er „Hilfe zur Selbsthilfe“ in Form von Familienpatenschaften in Bosnien und Herzegowina. Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder, die dort unter dem Existenzminimum leben, sowie alleinstehende, unversorgte alte Menschen, kommen in den Genuss der Direkthilfe. Sein letzter Wunsch war es, dass dieses Hilfsprojekt weitergehen und weitere Paten gewinnen möge.

Infos hierzu: Familienpatenschaften Bosnien und Herzegowina e.V. Inge Glatzel, 1. Vorsitzende
Email: Inge.Glatzel@gmx.de, Telefon 089/9039333

Lieber Ulrich, wir hatten dich gerne bei uns! Unsere Zeit in Gemeinschaft bleibt unvergesslich.

Deshalb sagen wir zum Abschied:

Möge der Himmel für dich – sozusagen - voller Geigen hängen.

***„Über die Zukunft zu sprechen ist nur nützlich,
wenn es im Jetzt zum Handeln führt.“***

Zitat von E.F. Schumacher

EIN NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG

Dr. Michael Hirsch
Lehrbeauftragter für Politische Philosophie
an der Technischen Hochschule in München.

Wie wir leben wollen

Wer eine bessere Gesellschaft vorschlägt, muss eine Vorstellung von einer anderen Gesellschaftsordnung haben. Eine Vorstellung davon, wie wir eigentlich leben wollen. Dafür brauchen wir Ansatzpunkte, wie ein solches anderes Leben, eine andere Gesellschaft aussehen könnten. Mit anderen Worten: Wir brauchen kulturelle Phantasie. Politisch kann die Frage nach Alternativen als Frage nach der konkreten Gestalt des Gesellschaftsvertrags verstanden werden. Meine These ist, dass wir heute in den Ruinen des alten Gesellschaftsvertrags leben. Viele sprechen zwar von einer Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie tun dabei aber so, als ob jenseits dieser Krise die alte Normalität zurückkehren könnte. Das ist illusionär: Die restaurative Krisenpolitik der Gegenwart ist dabei, unsere Zukunft zu zerstören, in ökologischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Unsere heutige Situation stellt daher die Frage nach dem Übergang in ein anderes Gesellschaftsmodell.

Der Kern des alten Gesellschaftsvertrags war die Ziel- und Konsensformel „Wachstum und Beschäftigung“, eine quantitative Steigerungsformel im Feld der materiellen Güterproduktion. Sie bildet bis heute die grundlegende Erzählung über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft – ihren zentralen Begriff von Fortschritt. Im Rahmen dieser Erzählung können sowohl Verteilungskonflikte befriedet als auch Sinnfragen beantwortet werden. Sie umschreibt ebenso sehr die Konturen des allgemeinen Gesellschaftsprojekts wie den Wertmaßstab individueller Lebensverläufe: das Kriterium für Erfolg bzw. Stagna-

tion und Misserfolg. Die Zweifel an einer letztlich auf die Kennziffern des Bruttosozialprodukts zugeschnittenen Definition von Wohlstand, Glück und Lebensqualität haben in jüngerer Zeit zwar zugenommen. Aber bisher gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass eine andere politische Ziel- und Konsensformel ernsthaft in Erwägung gezogen würde. In diesem Unbehagen über die Gesellschaft leben wir bisher.

Wir stehen heute also vor der Entscheidung: Wollen wir eine andere Erzählung über die künftige Entwicklung der Gesellschaft? Wollen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die grundlegenden Institutionen des Zusammenlebens der verschiedenen Klassen, sozialen Statusgruppen, Geschlechter, Generationen und Völker neu regelt? Oder träumen wir insgeheim davon, dass alles so weitergeht wie bisher (nur irgendwie ein bisschen ökologischer, ein bisschen sozial und geschlechtergerechter usw.)?

Unsere Gegenwart zeichnet sich hier durch eine umfassende politische und kulturelle Phantasielosigkeit aus. Eine andere Ordnung, ein anderes Gesellschaftsmodell scheinen bisher einfach nicht vorstellbar. Der insgeheim dominierende Wunsch in politischer wie in intellektueller Hinsicht scheint zu sein, dass es irgendwie doch so weitergeht wie bisher. Was fehlt, ist die Vorstellung einer anderen möglichen Ordnung, eine andere Erzählung über den Sinn und die Zielrichtung gesellschaftlicher Entwicklung jenseits der bisherigen Formel von „Wachstum und Beschäftigung“. Denn auch die mittlerweile populäre-

re Idee einer „nachhaltigen“ Entwicklung krankt an demselben Problem: Es fehlt ihr eine substantielle Entwicklungsperspektive für die Gesellschaft. Es reicht eben nicht, zu sagen, die Entwicklung solle jetzt nachhaltig sein, mit anderen Worten: Sie solle nicht ihre eigenen natürlichen und sozialen Bedingungen schädigen. Das bedeutet ja lediglich, dass jetzt die Erhaltung des Ökosystems, also die Selbsterhaltung der Menschheit zum Ziel gemacht würden – kein besonders attraktives Ziel, wenn man es mit den bisherigen Phantasien und Versprechungen der unendlichen Produktions- und Konsumsteigerungen vergleicht, die bisher unsere Vorstellungen besetzen.

*

Eine wirkliche Alternative ist politisch und kulturell nur möglich, wenn wir tatsächlich einen neuen Gesellschaftsvertrag erfinden, der als neue Große Erzählung der Gesellschaft dienen könnte: einen neuen Sozial- und Wirtschaftsvertrag der einzelnen Gesellschaftsmitglieder untereinander, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Arbeit, des Eigentums und der Belohnungen neu fixiert. Dazu gehören auch ein neuer Geschlechter- und Generationenvertrag (die verschiedene Typen sozialer Beiträge füreinander und Ansprüche gegeneinander kollektiv regeln) sowie ein neuer Naturvertrag. Auf der Ebene des Inhalts eines solchen neuen Gesellschaftsvertrags bieten sich zunächst drei Anhaltspunkte an:

- Zum einen ein Postulat der Gleichheit, einer möglichst egalitären Verteilung sozialer Güter und Beteiligungsmöglichkeiten zwischen den Klassen, Geschlechtern und Genera-

tionen (wie Rousseau sagt: Niemand darf so reich sein, dass er andere kaufen kann, und niemand so arm, dass er sich von anderen kaufen lassen muss). Der Sinn von Gleichheit ist dabei keineswegs, wie es die vulgäre liberale Ideologie will, der Hass auf Unterschiede menschlicher Begabungen und Kräfte. Der Sinn einer republikanisch verstandenen Gleichheit ist eine zugleich politische, soziale, materielle und kulturelle Sicherung der Freiheit: die möglichst weitgehende Unabhängigkeit und Unkorpierbarkeit der Einzelnen.

- Zum anderen ein ökologisches Postulat der Reduktion wirtschaftlicher Produktion und Konsumtion insgesamt (eine Ökonomie der Schrumpfung und Genügsamkeit) und

- schließlich das Postulat einer neuen Definition von Gemeinwohl, Glück und Lebensqualität, welche das demokratische, das soziale, das feministische und das ökologische Moment der fortschrittlichen Reformagenda zu einer Einheit verbindet.

Der Gesellschaftsvertrag, die fortschrittliche Erzählung der Zukunft, wird nicht mehr auf Wachstum setzen können, um soziale Verteilungsfragen und kulturelle Sinnfragen zu beantworten. Die Entwicklung hat eine Schwelle erreicht, ab der alle materiellen Mengensteigerungen zu einem eher destruktiven Wachstum führen. Sie bewirken keine qualitativen Fortschritte mehr, sondern nur noch ungleichere Verteilungen und außerdem steigende Umweltschäden und Demokratiedefizite.

*

Das eigentliche Defizit unserer Gesellschaft ist kein wirtschaftliches, sondern ein politisches und kulturelles Defizit.

Kulturell defizitär sind die Phantasie, die Schöpfung und Durchsetzung anderer kultureller Wertmuster und Sinngebungen. Es mangelt hier an einem kulturellen Leitbild, einer Vorstellung von denjenigen Lebensformen, die wir in Zukunft anstreben, die wir als künftig normal und wünschenswert erklären. Wie wollen wir leben? Haben wir überhaupt eine Idee von einer anderen Lebensweise?

Es geht dabei um die notwendige

Kohärenz der fortschrittlichen Forderungen: Es gilt, den Punkt aufzusuchen und klar zu benennen, wo soziale Gleichheit, demokratische Beteiligung an den Entscheidungen des Gemeinwesens, Geschlechtergleichheit und ökologische Nachhaltigkeit wirklich übereinstimmen.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag wird eine neue Definition des Gemeinwohls aufstellen müssen im Kontext einer fortschreitenden wirtschaftlichen Leistungsreduktion. An die Stelle des bisherigen Primats der Wirtschaft und der unendlichen Leistungssteigerung werden andere Forderungen treten: die demokratische Autonomie des Gemeinwesens und die kulturelle Autonomie der Lebensformen. Nur Narren können sich heute noch darüber wundern, dass neoliberale Wirtschaftsformen inzwischen zu einer beispiellosen Entdemokratisierung der Gesellschaft und für die meisten Menschen zu einer ebenso beispiellosen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse geführt haben.

Die bisher vorherrschende bürgerliche und männliche Lebensform (die hauptsächlich Identifikation des Lebens mit der Erwerbsarbeit) wird das Zu-verlernende sein. Damit ist eine kulturelle Revolution des Alltags verbunden: ganz andere Prioritäten der Zeitverwendung und der Ausbildung individueller Fähigkeiten.

*

Die neue Formel müsste lauten: „Weniger arbeiten, damit alle arbeiten und besser leben können“ (André Gorz). Was könnte ihr Plausibilität und Attraktivität verleihen? Welches könnten die Gewinne sein, die die materiellen Verluste nicht nur ausgleichen, sondern sogar übertreffen könnten? Aber auch diese Sicht der Dinge greift noch zu kurz, denn sie übersieht, dass es sowohl bei der Erwerbsarbeit als auch beim Konsum nie nur um materielle, sondern immer auch um symbolische Statusgewinne geht. Wir sehen immer ein komplexes Gefüge von Indikatoren und Symbolen von Glück, Lebensqualität und Zufriedenheit. Neben dem allgemeinen demokratie- und wohlfahrtstheoretischen Grundsatz der Gleichheit, der gleichen Verteilung sozialer Güter kommen hier nur noch immaterielle Güter, nur kulturelle

Sinngebungen in Frage. It's the culture, stupid! Nur dann, wenn die Frage „Wie wollen wir leben?“ in den Vordergrund der kulturellen und der politischen Bemühungen tritt, haben alternative Gesellschaftsmodelle Aussicht auf Erfolg. Die klassische Frage nach dem guten Leben, wie sie von Aristoteles als zentral für das Gemeinwesen definiert wurde, müsste also für unsere Verhältnisse neu formuliert werden. Die Kriterien für ein gutes Leben können, wie im Ansatz bei Aristoteles, dabei nur diejenigen einer maßvollen Befriedigung materieller Grundbedürfnisse sein, auf deren Basis dann die immateriellen ethischen Bedürfnisse des Menschen bearbeitet werden können.

Der Irrtum der liberal-kapitalistischen Ordnung bürgerlicher Gesellschaften liegt darin, diese Fragen als private zu definieren. Demgegenüber ist darauf zu beharren: Die entscheidenden Fragen des Gemeinwesens sind der politisch gestaltete Maßstab der Bedürfnisse und die gerechte Verteilung der materiellen und immateriellen Grundgüter. Das Ziel dabei ist eine möglichst weitgehende Selbstständigkeit der Einzelnen in ihrer Lebensführung. Im Fall der griechischen Polis galt das nur für kleine privilegierte Minderheiten in einer hierarchischen Gesellschaftsordnung. Die linksaristotelische Variante besteht jedoch darin, ein solches Leitbild der Genügsamkeit für alle Menschen zum Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen. Das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung ist dann eben nicht mehr die Steigerung des Wohlstands, sondern ein selbstständiges und genügsames Leben in weitgehender Unabhängigkeit von materiellen (Steigerungs-) Bedürfnissen. Die linksaristotelische Alternative würde also zu einem anderen Gesellschaftsvertrag führen, mit einer zentralen Gemeinwohlformel: der möglichst gleichen Verteilung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Güter (Arbeit, Einkommen, Eigentum, Beteiligung), aber gleichzeitig der kulturellen Fähigkeiten und Bildungsgüter. Das verlangt eine völlig andere Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. Es verlangt eine vollständige Revolution unserer Wertordnung, Zielsetzungen und Belohnungssysteme. Das bisher stärkste Motiv für menschliche Handlungen – Handeln und Arbeiten zum Zweck von Erwerb und Konsum

– wird entwertet und in eine nachrangige Position verwiesen.

✱

Im Unterschied zu einem primär moralischen, christlichen Weltbild, welches heute immer wieder als Gegengewicht gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Mobilisierung beschworen wird, führt die Aristoteles und Rousseau folgende Variante zwar auch zu einer moralisierenden Umcodierung der herrschenden Gemeinwohldefinition. Aber sie führt viel deutlicher noch zu einer öffentlichen Praxis, einer öffentlichen Tugend bestimmter Lebensformen – zu einer Revolution auf der Ebene der Alltagspraktiken und Gewohnheiten.

Ein Hauptangriffspunkt dieser Logik wären die heute noch herrschenden Eliten, die sich bisher in gewohnt heuchlerischer Manier hinter dem Volk verstecken: Im Kontext der Debatten über einen Ausstieg aus der Arbeits- und Wachstumsgesellschaft verweisen sie gerne darauf, dass sie selbst ja durchaus lernfähig seien; sie wären ja bereit, sich vom bisherigen Lebens-, Arbeits- und Konsummodell und seinen Sinnangeboten zu befreien – das einfache Volk aber, die Unterschichten seien für solche Botschaften schlechterdings unempfänglich. Genügsamkeit (scheinen sie sagen zu wollen), das ist schön und gut; aber die anderen werden das nicht wollen, weil sie entweder zu arm oder zu dumm sind. Das ist vor allem deswegen heuchlerisch, weil die zentrale Bedeutung der eigenen Statusposition dabei unterschlagen wird. Die heute herrschenden Eliten sind in ihrer großen Mehrheit ja nicht mehr wie zu Zeiten von Aristoteles müßige Reiche, sondern Manager des wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Systems. Sie sind im strengen Sinne Workaholics, das heißt Menschen, die an sozialer Geltungssucht durch (Über-)Arbeit leiden.

✱

Eine fortschrittliche Alternative hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie zweierlei zugleich anbietet: materielle ebenso wie immaterielle Verteilungsgerechtigkeit, den Ausgleich sozialer und den Ausgleich kultureller Ungleichheiten. Zumindest für die

westlichen Gesellschaften ist festzuhalten: Die soziokulturelle Armut und Status-Ungleichheit ist der eigentliche Engpass der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier liegt die Grundproblematik: bei der politisch und kulturell gleichermaßen schwierigen Konstruktion eines anspruchsvollen Begriffs der Lebensqualität; bei der praktischen Erfindung von Modellen eines guten Lebens jenseits der Arbeits- und Konsumgesellschaft.

Die Beantwortung dieser Frage nach einem guten Leben ist nicht eine bloß intellektuelle und politische Angelegenheit. Sie hat außerdem eine erhebliche existenzielle Dimension. Könnte es nicht sein, dass unsere Gesellschaft und unsere Kultur deswegen so mut- und einfalllos alten Gewohnheiten und Normalitäten folgt, weil diejenigen (die Jüngeren), die vielleicht etwas Neues denken und sagen möchten, die gern anders leben möchten, dafür in unserer Gesellschaft nicht belohnt, sondern eher bestraft werden? Dies ist eine zentrale politische Frage bei der Definition des Gemeinwohls: Werden wir belohnt oder bestraft dafür, dass wir aus dem herrschenden Glaubens- und Verhaltenssystem unseres Gesellschaftssystems ausbrechen?

✱

Die Erneuerungsfähigkeit unserer Gesellschaft wird sich daran entscheiden, ob fortschrittliche Einzelne bei ihren Versuchen, ein persönlich, aber auch politisch gelungenes Modell eines guten Lebens vorzuschlagen und zu erproben, dafür (materiell wie immateriell) belohnt oder bestraft werden. Welcher Menschentyp wird in unserer Gesellschaft gefördert und zum „Erfolg“ gebracht? Die Harten und Anpassungsfähigen oder die „Weichen“ und Nachdenklichen; die in ihrem Leben auf beruflich Verwertbares Spezialisierten oder die offenen, auf die Entwicklung von Fähigkeiten ausgerichteten Charaktere? Solange solche Fragen nur in nostalgischer Manier („Früher war alles besser!“) anstatt in selbstbewusster und tatsächlich konstruktiver Absicht gestellt werden, werden wir weiter in den Ruinen des alten Gesellschaftsvertrags leben müssen. Wenn wir, diejenigen, die sich selbst als die Nachdenklichen und Fortschrittlichen verstehen, nicht endlich damit beginnen, wirklich einen umfassenden

Machtanspruch an die Gesellschaft zu stellen; wenn wir nicht damit beginnen, gemeinsam eine andere Welt mit anderen Lebensformen, Gewohnheiten und sozialen Normen zu erschaffen; wenn wir uns weiterhin auf die intelligente Kritik des Bestehenden beschränken, dann werden wir weiter ohnmächtig mitansehen, wie die Klonkrieger des neoliberalen Kapitalismus die Welt in Schutt und Asche legen.

Im Lichte dieser Alternative sind alle gesellschaftlichen Verhältnisse zu überprüfen und neu zu gestalten. Im Licht dieser Alternative gälte es, Walter Benjamins Diktum „Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe“ aus ihrem bloß spekulativen geschichtsphilosophischen Kontext herauszulösen und in eine politische Waffe umzuformen.

✱

Die bürgerlich-westlich-kapitalistisch-männliche Wachstumssteigerungsgesellschaft jedenfalls ist erledigt. Heute zeigt sich, dass es nicht ausreicht zu postulieren: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Die politisch-kulturelle Bewegung in der Folge von 1968 hatte sich letztlich auf einige Reformen und Provokationen der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt; auf ein paar Ausnahmen vom herrschenden Realitätsprinzip („Die Phantasie an die Macht“) und auf die subjektiven Prestigeerfolge von Gegeneliten, die durch die Institutionen marschieren, ohne an der Architektur dieser Institutionen viel zu ändern.

Die wichtigste Frage für eine alternative Ordnung der demokratischen Gleichheit und Nachhaltigkeit ist die Frage nach der Lebensqualität, nach den Kriterien für ein gutes Leben. Dass die meisten, insbesondere die – sogar gebildeten – Herrschenden immer noch so weiterleben wie bisher, zeigt, dass diese zentrale politisch-kulturelle Frage noch lange nicht beantwortet ist. Immerhin: Die Debatte über die Postwachstumsgesellschaft bietet einen Anhaltspunkt für die Antwort, einen Indikator dafür, dass es nicht so weitergehen kann. Sie bleibt jedoch bisher steril bei der Frage nach denjenigen Lebensformen, die an die Stelle der gewohnten treten sollen. Hier geht es nicht nur um die konkreten kulturellen Qualitäten eines Lebens und eines Alltags,

die nicht mehr primär von Lohnarbeit und Konsum bestimmt wären. Es geht auch um die demokratische Qualität der neuen Vereinbarungen über Normen und Gewohnheiten. Es besteht die Gefahr, dass der zukünftige Wandel der Gesellschaft und ihrer Lebensformen auf eher autoritäre Weise von oben einer dann unmündigen Bevölkerung aufoktroziert wird. Ohne die Einsicht in die auch kulturelle und ethische Überlegenheit der von uns gewünschten anderen Lebensform ist diese Entwicklung unvermeidbar.

*

Der zentrale Engpass unserer politischen Debatten, die zu geringe kulturelle Vorstellungskraft, kann nur dann überwunden werden, wenn in Zukunft alle intellektuellen Beiträge nicht nur als theoretische Analysen vorgetragen, sondern auch konkret und beispielhaft in lebenden Personen verkörpert werden. Falls wir also nicht jetzt schon anfangen zu lernen, anders zu leben, haben unsere Ideen von einer anderen Gesellschaft keinen großen Wert. Das Persönliche ist das Politische: Das zentrale Postulat des Feminismus der 60er und 70er Jahre erhält seinen realen praktischen Wert dann, wenn es immer mehr als Anforderung an reale Personen begriffen wird. Der entscheidende Prüfstein für die Wahrheit der Ideen wird in Zukunft nicht mehr der bloße Praxistest sein, wie er in unserer Gesellschaft üblich ist: Funktioniert das überhaupt in der Praxis? Es wird vielmehr ein praxis- und lebensphilosophischer Prüfstein sein: Werden die vorgetragenen Ideen nur abstrakt als richtig behauptet, oder versucht die Autorin, der Autor selbst in seinem Leben, seinem praktischen Verhalten, etwas davon vorwegzunehmen und zu verwirklichen? Das entscheidende Thema lautet also: Kommen wir als reale Subjekte einer anderen Gesellschaftsordnung, einer anderen Lebensweise wirklich in Frage?

Erstveröffentlichung des Textes in der GAZETTE 38 - www.gazette.de (Empfehlung: ein äußerst interessanter Link!)

Gedenken an ein Gründungsmitglied der E.F.Schumacher-Gesellschaft.

Robert Dax – gestorben am 09. Mai 2013 im 64-sten Lebensjahr.

Kurz nach Gründung durch Carl Amery 1980, trat Robert der Schumacher-Gesellschaft bei. Mit Dr. Richard Storhas (ebenfalls unser Mitglied) gründete er 1982 den Naturland-Verband für naturgemäßen Landbau e.V. in Gräfelfing, der heute als einer der ganz großen Landbauverbände weltweit berät und zertifiziert. Robert Dax' Schwerpunkt, die Vermarktung der Bio-Lebensmittel wurde zu seiner Lebensaufgabe. 1985 rief er die Bio-Marktgemeinschaft ins Leben. Als ein Zweig dieser Genossenschaft entstand im Jahre 1993 die Ökoring-Handelsgesellschaft mbH, die heute als einer der großen regionalen Naturkost-Großhändler in Mammendorf ansässig ist.

Robert Dax war ein Pionier, ein Kämpfer, ein Menschenfreund und verlässlicher Geschäftspartner. Er war ein unermüdlicher Aufklärer in Sachen ökologischer Landbau und Bio-Lebensmittel. Er engagierte sich für die Gründung der Bio-Hotels ebenso wie für die Einführung der Gemeinwohl-Bilanzierung beim Ökoring als einer der Ersten. Er wollte ganzheitlich gute Geschäftspolitik betreiben und schaffte es, diesem Anspruch gerecht zu werden. Viel zu früh ist er von uns gegangen. Aber wir sollen wissen, wie nachhaltig bedeutungsvoll bewusste Menschen wie er sind. Wo sie gelebt haben, ist heute ein für Öko-Themen aufgeschlossenes Publikum. Wo solche Personen fehlen, so wissen wir, scheint die Welt im Problembewusstsein still zu stehen.

Sein langjähriger Weggefährte

Lex Janssen

ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Renée Schulz

Das Jahr 2013 mit all seinen Ereignissen neigt sich seinem Ende. Wagen wir einen groben Rückblick. Wetterextreme mit der Folge von Ernteauffällen, Bundestagswahlen mit ähnlicher Folge, die andauernde Weltwirtschaftskrise, USA kurzzeitig zahlungsunfähig, NSA Abhörskandal, die Katastrophe der Flüchtlinge in Lampedusa, das und vieles mehr, war dem kollektiven Bewusstsein als Realität zugänglich. Klingt alles nicht sehr optimistisch und es bleibt zu vermuten, dass es das auch gar nicht soll.

Da kam das Ereignis im regionalen Bereich geradezu erfrischend daher, mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids in Bayern gegen die Gewinnsucht auf Kosten der Natur, mit ei-

nem klaren NEIN zur Winterolympiade 2022. Denkt hier der Bürger etwa schon weiter als die Politik?

Das Jahr 2013 brachte uns auch einen neuen Papst – Franziskus, der uns, wie Franz von Assisi, aufruft zu Anteilnahme und Mitgefühl gegenüber den armen Menschen in dieser Welt. "Schande" war sein Wort zu einer europäischen Flüchtlingspolitik, die es hinnimmt, dass Hunderte Menschen ertrinken und wenn sie es trotz aller Widrigkeiten schaffen das Land zu erreichen, in menschenunwürdigen Verhältnissen verbleiben, mit der gnadenlosen Gewissheit, dass sie hier keiner haben will. Sie kommen weiterhin, die Flüchtlinge. Immerhin flammte kurz in einzelnen State-

ments aus Brüssel die Erkenntnis auf, die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern müssten verbessert werden. Vordergründig gilt es aber als wichtig, die Grenzen besser zu kontrollieren. Drohnen sollen die Küstengebiete überwachen um den bösen Schleppern beizukommen.

Im November geschah dann die größte Katastrophe mit apokalyptischem Ausmaß. Ein Taifun genannt "Haiyan" vernichtete Millionen von Existenzen auf den Philippinischen Inselstaaten. Tausende Menschen starben in den Fluten. Der Tod kam schnell. Mit einer Geschwindigkeit bis zu 400 km/h verwüstete ein "Monster"-Taifun von unvorhersehbarer Vernichtungskraft ein paradiesisches Inselreich, mit ca. 11 Millionen betroffenen Menschen. Schnell war in diesem Zusammenhang von Plünderungen zu hören, von Menschen, die sich in ihrer Not an Reisreserven vergriffen. Plünderer in materieller Not – die, weil sie nicht kriegen was sie brauchen, das nehmen was sie kriegen können.

Es sind Katastrophen wie diese, die unsere Weltgemeinschaft, das scheint vorhersehbar, auch in Zukunft immer wieder an unsere Hausaufgaben erinnern werden.

Doch was sind unsere Hausaufgaben? Wie der Name schon sagt geht es um unser Haus, unser Zuhause. Auch hier gibt es Not, auch hier wird geplündert.

Weil wir nicht kriegen was wir brauchen, nehmen wir uns das was wir kriegen – als Ersatzbefriedigung, nach dem Belohnungsprinzip – in Form von Konsum und plündern damit die gesamten Ressourcen dieser Welt, mit der Folge eines zerstörerischen Ungleichgewichts.

Plünderung ohne materielle Not mit globalen Auswirkungen. Konsum als Ersatzbefriedigung für ein sinnleeres Leben, in welchem es an Zeit, sozialen Kontakten, Bezug zur Natur, innerem Wachstum fehlt? Hecheln wir deshalb immer noch einem äußerlichen Wachstum hinterher, weil es uns nicht gelingt innerlich zu wachsen und machen uns zu Sklaven in einem System, das Freiheit für den Markt fordert (siehe Freihandelsabkommen) und Abhängigkeit durch Konsum schafft?

Der große Dichter und Denker Johann Wolfgang von Goethe erkannte schon seinerzeit:

„Niemand ist hoffnungsloser versklavt als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein.“

In einer Zeit des Wandels, in der die äußeren Strukturen nicht mehr verlässlich sind, sich in Auflösung befinden, bedarf es einer Stärkung der inneren Strukturen im menschlichen Wesen. Wir sollten Heimkehrer werden, wie E.F. Schumacher diejenigen nennt, die sich auf das WESENTliche in diesem Leben besinnen. Loslassen, neu denken, zu sich kommen und das innere Zuhause pflegen. Spenden wir für die Bedürftigen aber auch uns selbst Aufmerksamkeit und Achtung, teilen wir die Freude des Seins mit unseren Nächsten, sehen wir sie als Brüder und Schwestern mit all ihren Unzulänglichkeiten, üben wir Vergebung und Schuldenerlass uns und ihnen gegenüber. Üben wir Frieden in uns, so kann auch die Vorstellung eines Weltfriedens wachsen. Feindbilder abbauen hilft die Welt friedlicher zu machen. Zeigen wir den Nächsten Menschlichkeit, indem wir einander wieder wahrnehmen und zuhören. Wir sind alle beteiligt an der Neuschöpfung der Wirklichkeit. Werden wir Heimkehrer und Gestalter einer neuen Beziehungskultur. Weg von einem System gnadenlosen Konkurrenzdenkens hin zu Kooperation in Geschwisterlichkeit. Gönnen wir uns zwischen Vergangenheit und Zukunft Zeit für das Jetzt und Raum für Selbstreflexivität. Hören wir unser Herz, wie es schlägt, frei von Gedanken. Denn das Herz hat eine Vernunft, die der Verstand nicht kennt.

Nutzen wir die sonnenarme Zeit unsere innere Sonne zu spüren. Denn die künstlichen Lichter, die uns jedes Jahr wieder im Advent über eine dunkle Zeit hinwegtäuschen sollen, sie wirken nicht nachhaltig. Schauen wir mit dem <Auge des Herzens> auf das kommende Jahr, das den Blick auf unsere Mitmenschen öffnet. Es kann unseren Geist beflügeln und inspirieren einen immateriellen Wunschzettel zu schreiben, für uns, unsere Lieben und den Rest der Welt.

Gutes Gelingen
– JETZT –
wünscht eure Renée Schulz

IMPRESSUM

Herausgeber

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V., München

Postadresse

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.
c/o Herrn Lex Janssen
Schulgasse 2
85614 Kirchseeon
Tel.: **08091-567662** (10-13 Uhr)
Fax: **08091-567663**
Mobil: **0178-7967670** (optimale Erreichbarkeit)

Email:

info@e-f-schumacher-gesellschaft.de

Email: **lex.janssen@web.de**



**Sie finden uns im Internet unter
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de und
unter www.initiative-nawi.org**

Verantwortlich für den Inhalt

Prof. Dr. Ernst Schrimpff, Lex Janssen

Redaktionsadresse

Renée Schulz

Email: schulzrenee@gmx.de

Tel. 0176 240 85829

Isabella Barbagallo

Email: Barbagallo.Isabella@gmail.com

Lusenweg 34

85748 Garching

Telefon 089/32928803

0152-0

Autoren/Mitarbeit:

Dr. Michael Hirsch, Lex Janssen,

Dr. Ulrich Mössner, Dr. Doris Rueb,

Prof. Ernst Schrimpff, Renée Schulz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt.

Der Infobrief wird auf FSC-Papier (Zeichen für verantwortungsvolle Waldwirtschaft) gedruckt.

Bankverbindung

GLS Bank

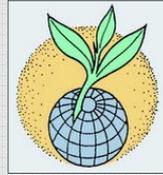
Kto. Nr. 8201 474 700

BLZ 430 609 67

Helfen Sie uns, den Infobrief durch eine Spende zu finanzieren.

Vorschau auf unser äußerst interessantes

Schumacher Forum



Montag, den 13. Januar 2014, 19 Uhr

Prof. Gerhard Berz: Wetterkatastrophen - Vorboten des globalen Klimawandels

Die Anzahl und das Ausmaß von Wetterkatastrophen, wie Stürme, Hurricans, Hochwasser und Sturmfluten nehmen weltweit eindeutig zu. In wie weit stehen sie im Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel und geben sie Aufschluss auf die Gefahren und Kosten, die dabei auf uns zukommen?

Gerhard Berz hat die Abteilung für Georisikoforschung bei der Münchner Rückversicherung mit aufgebaut und war deren langjähriger Leiter und ist Honorarprofessor an der Uni München.

Montag, den 10. 2. 2014 , 19 Uhr

Dr. Helmut J. Wagner: "Homo Empathicus – an Stelle von Homo Oeconomicus"

Lange glaubte die Wirtschaftswissenschaft, sie könne in ihren Modellen von Menschen ausgehen, die rational entscheiden, nur ihren Nutzen optimieren und sich gegenseitig Konkurrenz machen. Dieses Bild kommt mehr und mehr ins Wanken:

Die Hirnforschung und die empirische Wirtschaftsforschung weisen nach, dass der Mensch gar nicht so rational entscheidet noch, dass in ihm Konkurrenz stärker angelegt ist als Kooperation. Dr. Wagner entwickelt den "Homo Empathicus" als einen ethischen Gegenentwurf zum "Homo Oeconomicus", der auf human-ökologischen Grundlagen basiert und ein ungleich geeigneteres Konzept bietet, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Dr. Helmut J. Wagner hat über dieses Thema promoviert und ein anregendes Buch geschrieben.

**Alle Veranstaltungen finden in der Seidl-Villa, München, Nicolaiplatz 1b, statt.
U3/U6, Haltestelle Giselastraße**

Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher.

Liebe Schumacher Freundinnen und Freunde,



für die anstehenden Festtage wünschen wir Ihnen/Euch Zeit, Muße und Entspannung, um mit der Besinnung auf alte Werte Raum für mehr Lebenszufriedenheit zu finden.

Es wird auch 2014 unsere Aufgabe sein, den Stab des Wissens mit dem zeitlosen Gedankenschatz Schumachers an die nächste Generation weiter zu geben. Wie wichtig seine Werke "Small is Beautiful" und sein "Rat für die Ratlosen" in unserer Zeit sind, machte uns auch in diesem Jahr wieder die Resonanz der zahlreichen Besucher anlässlich unseres 3. Herbst-Symposiums deutlich.

Für Ihre/Eure Treue und Unterstützung bedanken wir uns und wünschen uns für das kommende Jahr wieder viele inspirierende Begegnungen.

Für den Vorstand

Ernst Schimpff